

Connecting people. Drei Tage ohne Hoffnung

9. April, nachts auf dem Frankfurter Flugplatz

Es wird, wie vor wenigen Wochen auf dem Weg in den Irak, mal wieder eine Nacht im Flugzeug, und dem Herz ist nicht leichter als damals. So viele Male seit Anfang 1992 war ich in Israel und Palästina. Die Jahre der Hoffnung sind lange vorbei.

Seit dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen Anfang des Jahres ist das Dilemma komplett. Vor anderthalb Jahren war ich zum letzten Mal in Israel und Palästina. Schon damals gab es kaum Gründe für Zuversichtlichkeit. Nun wird in einer Region, in der das vorher immer wieder unmöglich scheint, wie schon so oft noch mehr zum Schlechteren verändert sein, denn auch Israel setzt offensichtlich auf die Eskalation und auf eine einseitige "Lösung", die keine sein wird, sondern nur die völkerrechtswidrige Einverleibung großer Teile der besetzten Gebiete, einschließlich Jerusalems und des fruchtbaren Jordantals, während die unwirtlichen palästinensischen Restgebiete in lebensunfähige Bantustans zersplittert werden. Israels Schicksal als demokratischer Staat und die Befreiung des palästinensischen Volkes von jahrzehntelanger Okkupation, Unterdrückung und sozialem Elend sind untrennbar miteinander verknüpft. Doch das ist die abstrakte Konsequenz, die in der Gewalt beider Seiten sowie in der israelischen Expansions- und Enteignungspolitik und im Fundamentalismus der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen hoffnungslos untergeht. Wohin soll einer wie ich mit seinen Sympathien für ein freies Palästina und ein sicheres Israel?

Die palästinensischen Wahlen waren - auch nach Einschätzung der internationalen Wahlbeobachter - die ersten demokratischen und fairen Wahlen in einem arabischen Land. Nur mit dem Ergebnis kann offensichtlich niemand leben. Das tragische Opfer ist die Idee der Demokratisierung in der arabischen Welt. Die internationalen Forderungen an die Hamas - Anerkennung des Existenzrechts Israels und der bisherigen Verhandlungsergebnisse sowie Gewaltverzicht - sind selbstverständlich und notwendig. Für viele Palästinenser und Palästinenserinnen ist die eigene Wahl noch problematischer. Mit der Hamas hat eine Organisation mit reaktionärem Frauenbild gesiegt; die säkulare und pluralistische intellektuelle und kulturelle Landschaft wird bereits jetzt von ausgeprägter Zensurbereitschaft des neuen Kulturministers bedroht; Legislative und Regierung einerseits sowie Präsident und PLO andererseits (in der die Hamas nicht Mitglied ist, die aber international, oft auch diplomatisch, als der einzige legitime Vertreter der Palästinenser anerkannt ist) stehen sich feindlich gegenüber; mit der Streichung der finanziellen Unterstützung der USA, der EU und Japans für die Palästinensische Autonomiebehörde sowie der Zurückhaltung der palästinensischen Steuern und Zölle durch Israel verschärft sich die ohnehin desaströse wirtschaftliche und soziale Situation

noch einmal dramatisch, drohen in kürzester Zeit politisches Chaos und Bürgerkrieg.

Es ist eine Politik aller Beteiligten, die genau das erzeugt, was man immer vom Anderen an Negativem erwartet hat. Der Hamas-Wahlsieg hat unterschiedliche Ursachen. Nicht zuletzt ist er eine Reaktion auf das politische und wirtschaftliche Versagen der alten Fatah-Administration und ihrer Korruption. Aber er ist auch eine verzweifelte Antwort auf die Demütigung und Ignoranz des Westens gegenüber den Palästinensern und ihrer elementaren Not. In Brüssel, Washington und Tokio fassen Politikerinnen und Politiker ihre Beschlüsse am grünen Tisch, ohne sich die Lage vor Ort anzusehen. Man muss schon dorthin fahren, den elenden Alltag dieser Menschen kennen lernen und die erbarmungslos umfassenden Konsequenzen der israelischen Mauer und des Sicherheitszaunes konkret erleben, der nur teilweise Israelis und Palästinenser von einander, viel mehr aber und zehntausendfach die Palästinenser untereinander und von ihren Verwandten, Feldern, Märkten, Arbeitsplätzen, Schulen und Krankenhäusern trennt. Israels Sicherheit, freie und demokratische Entwicklung sind ein Axiom jeder verantwortlichen internationalen Politik. Doch zweierlei Maßstäbe gegenüber Israel und den Palästinensern bei der Einhaltung des internationalen Rechts, der Beschlüsse des Sicherheitsrates, der Road Map und der Menschenrechte sind nicht akzeptabel und politisch eben kontraproduktiv, wenn es wirklich um Demokratie und Kompromissbereitschaft auf palästinensischer Seite gehen soll. Es ist eben auch zu berücksichtigen, was die Einstellung der westlichen Finanzhilfen konkret bedeuten wird. Sie gelten schließlich nicht der Regierung, sondern einem Volk, das unter schlimmen politischen und sozialen Bedingungen leidet. Es ist richtig, aber allzu leicht gesagt, man könne keine Regierung unterstützen, die dem Terror nicht konsequent abschwört. Warum jedoch wird nicht darüber nachgedacht, zivile, wirtschaftliche und humanitäre Projekte unmittelbar zu finanzieren und die Gelder über die Weltbank so auszuzahlen, dass die mehr als 150.000 Angestellten der Palästinensischen Selbstverwaltung ihre Gehälter direkt bekommen? Betroffen sind Tausende Lehrer, Ärzte, Verwaltungsangestellte, Polizisten. Mit den Familienangehörigen geht es um die soziale Existenz von rund anderthalb Million Menschen. Kann denn jemand ein Interesse haben, dass es zum Bürgerkrieg zwischen den noch Fatah-dominierten palästinensischen Sicherheitskräften, die seit März nicht mehr entlohnt werden, und der Hamas-Regierung kommt? Wollen wir uns dann bestätigt fühlen, dass die Palästinenser nicht demokratie- und friedensfähig sind? Dass nun der Iran, Saudi Arabien, Russland oder Katar finanziell einspringen, macht die Situation keinen deut besser. Meiner Meinung nach werden die berechtigten Forderungen an die Hamas nur dann wirkungsvoll sein, wenn es ähnliche Forderungen auch an Israel und die internationale Gemeinschaft gibt.

Auf geht's. Immerhin werde ich gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auch am Start einer neuen Friedensinitiative von israelischen Offizieren und Soldaten und palästinensischen Kämpfern ("Combatants for Peace") teilnehmen. Warum sollten wir weniger Optimismus haben, als jene, die gegeneinander Krieg

geführt, und nun den Mut haben, gemeinsam aus der Spirale gegenseitiger Gewalt auszubrechen?

10. April, halb neun

Etwas übernächtigt, aber nicht müde sitze ich in der Lobby des Hotels "Ambassador", in dem ich auch vor anderthalb Jahren gewohnt hatte, und warte auf meine Kollegen, die bereits gestern angekommen noch beim Frühstück sitzen. Der erste Termin wird um neun Uhr ein Treffen mit Diplomaten europäischer Staaten in Ostjerusalem sein.

Mike hat mich im Morgengrauen vom Flugplatz in Tel Aviv abgeholt. Es war gut, sein vertrautes Gesicht zu sehen und seine Herzlichkeit zu spüren, obwohl er zwei Stunden auf mich hatte warten müssen. Kurz nach dem Start in Frankfurt hatte sich der Kapitän gemeldet. Das Fahrwerk lasse sich nicht einfahren; man werde im Kontakt mit Technikern versuchen, den Schaden zu finden und während des Fluges zu beheben. Das war nicht gelungen. Nach vierzig Minuten waren wir zurückgeflogen und nach der Reparatur mit zwei Stunden Verspätung wieder gestartet.

Während der einstündigen Fahrt nach Ostjerusalem hatte ich beständig das tiefe Empfinden, das Land sei anders als bei meinen früheren Besuchen. Politische Veränderungen kann man nicht sehen, aber der eigene Blick mag von den mitgebrachten Gefühlen und Gedanken bestimmt sein. Dann fiel mir jedoch ein, dass ich noch nie im Frühling hier gewesen war, nur immer im heißen, trockenen Sommer, im Herbst oder im nahöstlichen Winter, wenn weite Teile des Landes braun und trocken daliegen. Es waren das intensive Grün, die vielen blühenden Sträucher und Bäume, das hohe frische Gras, der tiefrote Mohn, die selbst die Kalksteinberge rund um Jerusalem verwandelt haben. Der lange deutsche Winter und der noch immer unentschlossene deutsche Frühling in diesem Jahr haben mich sicherlich noch empfindsamer gemacht für den sonnigen grünen Reichtum an diesem Morgen.

Zehn Uhr

Das Treffen mit den europäischen Diplomaten war aufschlussreich. Sie wissen alle, was die drastische Einschränkung der Finanzhilfen für die Palästinenserinnen und Palästinenser bedeutet, die angesichts ihrer durch Israel und vor allem den Mauerbau zerstörten Wirtschaft völlig von äußerer finanzieller und humanitärer Hilfe abhängig seien. Natürlich haben sie die Regierungsargumente parat. Sie sind ja auch nicht falsch: Die neue palästinensische Regierung antworte nicht auf die Forderungen der EU, Israel und die internationalen Vereinbarungen anzuerkennen und einen wirksamen Gewaltverzicht durchzusetzen. Aber politisch wird sich die Finanzsperre kontraproduktiv auswirken; den Palästinensern das Gefühl kollektiver Bestrafung (noch dazu für ein - aus meiner Sicht - zwar unangenehmes, aber demokratisches Wahlergebnis) und der Demütigung vermitteln und der Hamas weiteren Zulauf bringen. Sozial und wirtschaftlich ist sie für Palästina katastrophal. 280 Millionen Euro erhielt Palästina 2005 aus der Europäischen Union. Ein französischer Diplomat meinte: "Es darf nicht alles zerstört werden, was wir hier aufgebaut haben. Aber die Atmosphäre ist schlecht, und die Partner sind verloren gegangen oder nicht mehr im Amt. Nicht alles ist eine

Folge des Hamas-Sieges. Die Situation wird durch die israelische Politik des Mauerbaus, der Barrieren und Kontrollen, Enteignungen, die Einbehaltung palästinensischer Steuern und Zölle durch Israel und der weitgehend beseitigten Arbeitsmöglichkeiten für Palästinenser in Israel immer schlimmer." Ein Däne: "Die Zeit ist extrem knapp. Vieles hängt von den weiteren Schritten der Hamas und Israels ab. Für die Bevölkerung wird es rasch dramatisch. Es droht eine sozial-ökonomische und humanitäre Krise. Der Gaza-Streifen ist nach dem israelischen Abzug faktisch abgeschottet. Seit Freitag hat Israel mehr als Tausend Granaten und Raketen auf dieses Gebiet abgefeuert. Internationale Hilfstransporte werden regelmäßig blockiert. Die vorliegenden Szenarien der Weltbank sind extrem negativ. Es ist nur noch offen, wann der Kollaps kommt." Ein Plan "B", wie der Bevölkerung für den Fall zu helfen wäre, dass die Hamas nicht nachgibt, existiert dennoch nicht, außer dass die rein humanitäre Hilfe so weit wie möglich ausgedehnt werden soll. Wir diskutierten auch über die Doppelstandards der EU gegenüber der israelischen und der palästinensischen Regierung und das Fehlen ebenso klarer Forderungen der EU an die israelische Regierung. Die Antwort auf alle unsere Argumente war ein Offenbarungseid: "Gehen Sie davon aus, dass wir das alles so sehen wie Sie. Das größte Problem ist der fehlende Einfluss auf Israel. Wir sind keine Politiker, sondern Diplomaten. Kontakte zur Hamas-Regierung sind uns untersagt. Ihr Parlamentarier habt eher die Macht, die Politik zu ändern." Meine Kollegen und ich reagieren bitter lachend. Das Europäische Parlament wurde und wird in dieser Angelegenheit weder von der Kommission noch von den Regierungen gefragt.

Auf der Fahrt nach Ramallah

Ich habe insbesondere 2004 das Ausmaß der Mauer, der Sicherheitszäune, der israelischen Blockaden, der Enteignungen, der Zerstörung von palästinensischen Häusern, der für Palästinenser verbotenen Straßen innerhalb der okkupierten Gebiete und anderer Schikanen und Demütigungen sowie die furchtbaren Auswirkungen für das wirtschaftliche und das ganze Leben der Menschen kennen gelernt. Die Auseinandersetzung mit der Hamas und ihrem Fundamentalismus ist unabdingbar. Nur in der Form, wie sie von Israel, den USA und der Europäischen Union geführt wird, kann sie nur weiteren Zulauf für extremistische Kräfte bedeuten.

Es ist schwierig im durchgerüttelten Bus, Notizen zu machen, die ich später wieder entziffern kann. Manch Eindruck, den ich auf anderen Reisen unbedingt festhalten wollte, ist mir abhanden gekommen, weil ich danach weder meine Schrift lesen konnte noch mich erinnerte, worum es dabei gegangen war. Von Ostjerusalem nach Ramallah fahren wir eine Zeit lang bis zum Checkpoint Qalandiya an der Mauer vorbei, die hier etwa vier oder fünf Meter hoch ist, auf palästinensischem Territorium und mitten auf dieser Straße steht - die eine Straßenhälfte dürfen Palästinenser nutzen, die andere jenseits des Betons nur Israelis und Menschen, die eine besondere Wohngenehmigung für Ostjerusalem haben. Noch sind zwei schmale Lücken vorhanden, durch die palästinensische Kinder, kontrolliert von Polizisten oder Soldaten zu ihrer Schule auf der anderen Seite gehen dürfen. Auch diese Durchgänge werden jedoch in Kürze geschlossen. Die riesigen Betonelemente stehen schon bereit.

Kurz vor halb zwölf

Wir sind in der Muqata, früher einmal ein Gefängnis, und so wirkt es immer noch, später Arafats, jetzt Abu Mazens (Mahmud Abbas) Hauptquartier. Einer seiner Mitarbeiter erzählt uns, dass er hier sieben Jahre eingesperrt war. Die Barrikaden, die die palästinensischen Sicherheitskräfte zum Schutz Arafats errichtet hatten, sind verschwunden. Seit der Bombardierung durch die israelischen Streitkräfte sind auch einige Gebäudeteile wieder aufgebaut worden, aber alles wirkt trostlos und provisorisch. Der Vortrag eines Mitglieds der PLO-Verhandlungsdelegation (mit Israel), den wir zunächst hören, beeindruckt uns alle. Der Mann spricht ein ausgezeichnetes Englisch, argumentiert sachlich, faktenreich und differenziert. Ohnehin genießen die Mitarbeiter dieser Behörde international den Ruf, hervorragend gebildet und kompetent zu sein. Was man auf der Fahrt so nicht sehen kann, wird auf den Karten über den Mauerverlauf beklemmend deutlich: Die Mauern, die jüdischen Siedlungen und ihre Zufahrtstraßen schieben sich immer weiter in den besetzten Gebiete hinein und zerspalten die palästinensischen Siedlungsgebiete. Auch die von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltete Stadt Bethlehem, südlich von Jerusalem ist inzwischen von Mauern und verbotenen Straßen eingekreist. Ihre Bewohnerinnen und Bewohner sind von den Krankenhäusern, Schulen und Arbeitsplätzen im wenige Kilometer entfernten Ostjerusalem abgeschnitten. Da 30 bis 40 Prozent aller wirtschaftlichen Aktivitäten Palästinas auf Ostjerusalem entfallen, sind die Konsequenzen für die Menschen in Bethlehem und anderen eingemauerten palästinensischen Siedlungen furchtbar, zumal immer weitere Grundstücke und Gebiete in der Großstadt und um sie herum enteignet und den jüdischen Siedlern zugeschlagen werden. Selbst wenn ein Teil Ostjerusalems eines Tages von Israel als palästinensische Hauptstadt angeboten würde, das zeigt die israelische Siedlungspolitik bereits jetzt, wird es ein kleines, isoliertes und völlig von israelischen Siedlungen umgebenes Gebiet sein. Die von Olmert angedrohte einseitige "Lösung" würde wohl auf eine Drei- oder Vierteilung des palästinensischen Territoriums und die dauerhafte Annektierung fast der Hälfte der besetzten Gebiete hinauslaufen: Die Palästinenserinnen und Palästinenser würden in den extrem dicht besiedelten Gazastreifen, die Region um Jenin und Nablus im Norden, die möglicherweise durch die tief nach Osten geführte Mauer zur jüdischen Siedlung Ariel auch noch von Ramallah getrennt würde, der Exklave Jericho im Osten sowie die Region um Bethlehem und Hebron im Süden weggesperrt werden. Einen anderen Begriff dafür finde ich nicht. Die internationale Öffentlichkeit ignoriert diese Entwicklung fast vollständig. Unser Referent beendet seinen Vortrag mit einem düsteren Satz: "Wir Palästinenser werden nur noch zur Kenntnis genommen, wenn wir Lärm machen."

Um 12 Uhr treffen wir Palästinenserpräsident Mahmut Abbas

Mit Arafat hatten wir uns immer in einem kleinen, spartanisch eingerichteten Zimmer getroffen, der nur von der palästinensischen Fahne, einem Bild der Al Aksa Moschee und dem unsäglichen Kitsch geschmückt war, den ihm ausländischen Delegationen mitgebracht hatten. Persönlich soll er ohnehin bescheiden gelebt haben. Mahmut Abbas bevorzugt einen repräsentativeren Raum mit wuchtigen braunen Ledersesseln. Er sagt nichts Neues, hält Karten

empor, die die Gebietsverluste der Palästinenser seit 1948 und die aktuellen Siedlungspläne Israels dokumentieren, mit denen auch die 1967 besetzten Gebiete zum großen Teil enteignet werden. Jeder einseitige Schritt Israels werde von ihm abgelehnt. Eine Ausnahme sei nur der Rückzug aus dem Gaza-Streifen. Eine Zwei-Staaten-Lösung könne es nur durch Verhandlungen geben. Daran ändere auch der Wahlsieg der Hamas nichts. Erstens sei nur die PLO die international anerkannte Vertreterin des palästinensischen Volkes und Verhandlungspartnerin Israels, nicht die palästinensische Autonomiebehörde. Zweitens sei die Regierung eine Regierung des Präsidenten und müsse insbesondere in diesen Fragen seinen Willen und seine Rolle als gewählter Präsident der Palästinenserinnen und Palästinenser respektieren. Drittens sei selbstverständlich, dass die Hamas Israel, die Road Map und andere internationale Vereinbarungen sowie den Gewaltverzicht anerkennen müsse. Im übrigen habe die Hamas sich seit mehr als anderthalb Jahren an die Kairoer Vereinbarungen gehalten, keine Selbstmordattentate zu verüben. Die gemeinsame arabische Initiative schließe ohnehin die Normalisierung der Beziehungen der arabischen und islamischen Staaten zu Israel ein. Man müsse zwischen der Hamas als Islamischer Bewegung und der Hamas-geführten Regierung unterscheiden, die pragmatisch agieren müsse und könne. Die Einstellung internationaler Finanzhilfen und der israelischen Überweisungen, die Sperrung der Treibstoffzufuhr durch Israel und die intensivierten Blockaden hätten bereits zu einer gefährlichen Verringerung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in den besetzten Gebieten geführt. Abbas wirkt auch in der Diskussion merkwürdig ruhig. Er spricht vom drohenden wirtschaftlichen und sozialen Kollaps, vom politischen Chaos, als ich nachfrage, auch davon, dass die fehlenden Gehälter für die Sicherheitskräfte zum Konflikt mit der Regierung führen können, aber ihm selbst ist angesichts dieser dramatischen Aussichten keine Unruhe anzumerken.

Wieder vor der Muqata treffen wir zufällig Yassier Abbed Rabbo, den palästinensischen Initiator der Genfer Friedensinitiative, die ich vor gut zwei Jahren doch mit einiger Hoffnung begleitet hatte. Er hat es eilig. Seine Meinung über die Hamas ist klar: "Die Hamas wartet auf den Aufstand der arabischen und islamischen Massen. Das ist ihr einziges Konzept. Aber bekommen werden wir höchstens den Aufstand hungriger, verzweifelter palästinensischer Massen."

Gestern sollen in Jerusalem 25 Grad gewesen sein. Heute ist es empfindlich kühl und windig. Graue Wolken ziehen über Ramallah. Mein kurzärmeliges Hemd (ich habe dem Internet-Wetterdienst vertraut) war keine gute Idee.

13.25 Riwaq

Luisa hat uns natürlich auf einen Sprung zu ihren Freunden vom palästinensischen Kulturinstitut Riwaq geschleppt, so viel Zeit auf dem Weg nach Anata muss sein. Ich freue mich. Hier hatte ich mich vor anderthalb Jahren so wohl gefühlt. Und die offene Herzlichkeit ist sofort wieder erlebbar. Dr. Zuad Aviry schwärmt von der Arbeit seines Instituts, das inzwischen 52.000 historische Gebäude in Palästina per Computer erfasst hat, nicht nur um ihre Schönheit und palästinensische Geschichte und Identität zu erhalten,

sondern vor allem um solche Gebäude für die sozio-kulturelle Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft, insbesondere benachteiligter Menschen, wieder herzustellen und lebendig zu nutzen. Die "Aggression der Bulldozer" gebe es nicht nur von israelischer Seite; wir sollten uns nur das gestaltlose und beliebige Beton der Neubauten in den palästinensischen Städten ansehen. Er ist besorgt; seine Einschätzung pessimistisch, aber er lächelt und wirkt so gar nicht mutlos: "Ich habe bei den Wahlen die Liste Dritter Weg unterstützt. Wir wissen nicht genau, was jetzt kommen wird. Wir gehen dramatischen Zeiten entgegen. Wahrscheinlich wird der Extremismus zunehmen. Die Hamas wird in zwei, drei Monaten aufgeben. Die Probleme sind zu groß, als dass sie sie bewältigen könnten. Es kann sehr gewalttätig werden, und wenn die USA die palästinensische Zivilgesellschaft gegen die Regierung mobilisieren oder die Zivilgesellschaft an die Stelle der Regierung setzen wollen, wird es unter unseren Bedingungen gefährlich, ein stupides, dummes Spiel. Das sind dunkle Zeiten. Aber wir geben nicht auf, wir doch nicht!"

Nach zwanzig Minuten geht es weiter

Nun hat Luisa keine Zeit mehr. Um drei sollen wir in Anata sein, zur israelisch-palästinensischen Kundgebung der "Combatants for Peace". Aber an einem kleinen Imbiss in Alin Bireh gönnt sie uns wenigstens Wasser oder Saft und eine Falafal mit Fleisch und Salat (für mich mit einer scharfen Sauce). In den wirtschaftlich danieder liegenden Palästinensergebieten, erstreckt in dieser Kleinstadt, ist der Einfall einer Meute gieriger Europäer ein unverhoffter Glücksfall für den Besitzer. Mein Freund Helmuth Markov, der sich in Brüssel durch eine Diät hindurchhungert, hätte auf einer Reise mit Luisa keine Probleme, Gewicht zu verlieren. Im Bus essen wir Erdbeeren ungewaschen aus der Tüte, sicherlich hygienisch in diesen Breiten etwas leichtfertig, aber sie schmecken köstlich wie zu Hause aus dem Juli-Garten, nicht wie jene, die man auch den ganzen Winter im Supermarkt kaufen und im Mund mit Gurke oder holländischer Tomate verwechseln kann.

Mike weist uns unterwegs auf einen israelischen Sperrzaun hin, der weit entfernt um eine jüdische Siedlung innerhalb der besetzten Gebiete verläuft. Auf Antrag von Siedlern hat der Oberste Gerichtshof Israels entschieden, dass die Mauer mindestens fünfhundert bis tausend Meter von den Siedlungen entfernt verlaufen muss. Für palästinensische Dörfer und Städte gilt das nicht. Dort stehen die Häuser nicht selten im Schatten des sechs oder acht Meter hohen Betons, oder Wohnhäuser werden sogar für sie gesprengt, ganze Stadtteile voneinander getrennt.

Wir sind pünktlich um 15 Uhr in Anata

Die Wolken haben sich verzogen. Jetzt scheint die Sonne, und es ist warm geworden. Der Schulhof in Anata ist für die Kundgebung gewählt worden, weil die Mauer hier, ich schätze acht Meter hoch, über ihn führt und direkt an das Schulgebäude anschließt. Rechts von mir gehen die Bauarbeiten an ihrer Fortführung weiter. Vierhundert Menschen etwa mögen sich versammelt haben, Palästinenserinnen und Palästinenser, Israelis, die mit Bussen hergekommen sind. Muhammad Hasan Imran, der Bürgermeister, begrüßt auch uns. In seiner kurzen Rede beschreibt er die Situation der Stadt: "Anata gehörte über hunderte Jahre zum Jerusalemer Distrikt. Nun gehört ein Teil zu

Jerusalem, der andere trotz der großen Entfernung zu Ramallah. Der israelische Master Plan hat die Stadt zu einem Ghetto gemacht, das von der Mauer der Diskriminierung auf allen vier Seiten umgeben ist. Die Arbeitslosigkeit beträgt 60 Prozent, die Familien sind getrennt, zwei der drei Schulen für den Bau der Mauer konfisziert worden. Wir rufen Sie zu gemeinsamen Anstrengungen für einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt und für Frieden in der Region und in der ganzen Welt auf."

Dann sprechen jene Männer, die bis vor kurzem noch die Waffen aufeinander gerichtet hatten und jetzt miteinander für einen Ausstieg aus der Gewalt streiten wollen. Bassaam Aramin ist ein dreißig- oder auch schon vierzigjähriger Palästinenser mit Schnurrbart und kurz geschorenem, an den Schläfen etwas grauem Haar, breitschultrig, der selbstbewusst redet und während der hebräischen Übersetzung stolz in das Publikum blickt: "Willkommen auf dem Spielplatz dieser Secondary School, die von der Rassismusmauer zum Anata 'Secondary detention camp' (Gefangenenlager) gemacht worden ist... Nahezu jeden Tag wird dieser Schulhof in einen Spielplatz der Unterdrückung, des Tränengas- und Schusswaffeneinsatzes durch die Besatzungssoldaten, die Wächter dieser Mauer, verwandelt." Bassaam Aramin erzählt vom bewaffneten und zivilen Kampf gegen die Okkupation, von den beiderseitigen Rechtfertigungen für Gewaltaktionen und von seiner Überzeugung, dass der Kampf für ein freies, unabhängiges Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 gerecht ist. "Ich erinnere mich an das erste Treffen mit den israelischen Soldaten Zohar, Noam, Allik und anderen, voll von Misstrauen und Furcht. Ich kann das heute nicht mehr glauben. Ein Jahr danach stehen wir hier zusammen, um laut der Besatzung und der Gewalt abzusagen. Ich fordere mein palästinensisches Volk und das israelische Volk auf, sich uns anzuschließen in unserem friedlichen Kampf, um die Okkupation zum Nutzen unserer beiden Völker zu beenden."

Zohar Shapira hatte ich bei meinem letzten Besuch bereits getroffen. Er gehört zu jenen israelischen Soldaten und Offizieren, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Mir fällt erneut auf, dass er wie ein Soldat aus dem militärischen Bilderbuch aussieht. Vielleicht ist mir dieser Eindruck wichtig, weil diese mutigen jungen Männer aus Israel alles andere als Außenseiter sind. Der Wandel seiner Überzeugungen ist tief und bewegend begründet: "Im März 2002 stand ich an jenem Ort, an dem in der King George Street in Jerusalem ein terroristischer Anschlag stattgefunden hatte. Zwischen den zerfetzten Körpern, Armen und Beinen und versuchte ich einen sechsjährigen Jungen zu versorgen, der schwer am Kopf verwundet war. Einige Wochen später wurde ich zur Militäroperation 'Defensive Shield' eingezogen, um das 'Mutterland zu verteidigen', wie mein Kommandeur sagte. Eines Nachts, im Garten eines Hauses in einem Dorf nahe Nablus, fand ich mich selbst schießend über den Kopf eines siebenjährigen Mädchens, das zehn Meter von mir entfernt stand. Nur diese zeitliche Nähe der beiden Ereignisse machte mir klar, dass israelische Gewalt palästinensische Gewalt hervorbringt, und so ein Kreislauf von Blut und Revanche entsteht. Ich spürte, dass ich nicht ein Kriegsverbrechen stoppen darf, indem ich ein anderes begehe. Zusammen mit zwölf anderen Soldaten

und Offizieren meiner Einheit, der Matka'l commando unit, sagten wir 'Nein'. 'Nein zur Unterdrückung von Millionen unschuldigen Palästinensern, Nein zur Verweigerung ihrer Rechte, Nein zum sinnlosen Zyklus von Gewalt.' Die Entscheidung, nie wieder die grüne Linie (zu den besetzten Gebieten) zu überschreiten, war mein erster Schritt auf meinem neuen Weg vom Kämpfer zum Friedenskämpfer. Vor einem Jahr wagte ich einen anderen Schritt. Ich entschloss mich, über die grüne Linie zu gehen, aber dieses Mal nicht mit der Waffe in der Hand, sondern die Hand zum Frieden reichend. Mit anderen israelischen Verweigerern trafen wir Suleiman, Basem, Abed und andere palästinensische Kämpfer. Die meisten von ihnen waren viele Jahre in israelischen Gefängnissen, nachdem sie gewaltsam gegen die Okkupation gekämpft hatten, einem Kampf für die palästinensische Freiheit. Wir merkten bald, dass wir mehr Gemeinsames als Trennendes hatten. Auf dieser Grundlage haben wir zusammen die 'Combatants For Peace' gegründet. Ich möchte Ihnen einige Zeilen aus unserer Erklärung vorlesen:

- Wir glauben nicht länger daran, dass der Konflikt mit den Mitteln der Gewalt gelöst werden kann.
- Wir glauben, dass die Spirale der Gewalt nicht enden wird, so lange wir uns nicht gemeinsam für das Ende der Besatzung und aller Gewaltakte engagieren.
- Wir fordern die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels. Die beiden Staaten werden friedlich und sicher miteinander existieren.
- Wir werden gewaltlos agieren und rufen beide Gesellschaften zur Gewaltlosigkeit auf.

Im vergangenen Jahr haben wir fast zehn Workshops organisiert, in denen wir uns unter anderem mit der Definition von Gewalt, dem Wandel von Gewalt zu Gewaltlosigkeit, der Bedeutung unserer persönlichen Biografien, der Bedeutung persönlicher und kollektiver Freiheit befasst haben. Darüber hinaus haben wir Vorträge gehalten, in denen Mitglieder der Gruppe, Palästinenser und Israelis, ihre Geschichten und die Geschichte der Gruppe erzählt haben, um das Klischee, da 'sei kein Partner' zu widerlegen und den gegenwärtigen Trend einseitiger Politiken in Frage zu stellen. Dieser lange Prozess hat eine feste Gruppe geschaffen, Vertrauen zwischen Menschen gebildet, die vor nicht so langer Zeit auf einander geschossen hatten."

Ähnlich bewegend berichtet Naom Hayut: "Ich diente fünf Jahre in der Armee, erst als Soldat im Nachal commando, dann als Zugführer und stellvertretender Kompaniechef im Nachal Granit battalion. Meine Weltanschauung war immer gegen die Besatzung, aber ich glaubte, dass die Entscheidungen der Regierung und die Armee in der israelischen Demokratie für die Zivilisten da wären, und dass ich als ein Soldat das Beste zu sein hätte: loyal, gehorsam und professionell. Als die gegenwärtige Intifada ausbrach, war ich auf einem Offizierslehrgang, so dass ich die meisten Kämpfe in den besetzten Gebieten als Offizier und nicht als einfacher Soldat mitmachte. Ich war überall in den besetzten Gebieten während meines Dienstes: Im Gaza-Streifen und in den Städten und Dörfern der West Bank. Täglich sicherte ich Barrikaden und Straßensperren, verhaftete gesuchte Männer, war an Kontrollposten, besetzte Wohnhäuser und leitete die Suche nach Waffen und Munition. Während der Operation 'Defensive Shield' war ich

an den Massenverhaftungen in den Flüchtlingslagern von Jenin und Tul Karem und an der Eroberung Ramallahs beteiligt. In dieser Zeit, als es tägliche Selbstmordanschläge in Israel gab und ich meine Soldaten verwundet und getötet sah, fühlte ich mehr denn je, dass wir diesen Krieg führen mussten, um das Leben der israelischen Zivilisten zu schützen. Dieses Gefühl machte mich blind für die Tatsache, dass ich täglich gegen eine ungeschützte Zivilbevölkerung kämpfte. Im Widerspruch der Erlebnisse hörte ich aber nicht auf, über das Leben der Palästinenser nachzudenken. Heute weiß ich, dass ich jedoch aufgehört hatte, über die Palästinenser als Menschen nachzudenken, die ein Recht auf Würde hatten... Nach der Beendigung meines Militärdienstes schaute ich in den Spiegel und ich sah nicht mehr den Noam, den ich gekannt hatte, bevor ich eingezogen worden war. Ich sah ein Monster, das fähig war, jeden Mann zwischen 15 und 50 einzusperrern, gleichgültig, was er gemacht hatte; ich sah eine Person, die ohne Wimpernzucken Wohnhäuser zerstören konnte. Ich, der Sohn eines Farmers, dem gelehrt wurde Felder zu schützen, war fähig die Bulldozer zu befehligen, die uralte Olivenbäume herausrissen, und gefühllos zu sein, wenn der Fellache weinte über das Eigentum, das ihm gewaltsam genommen wurde... Ich bin kein Pazifist, und ich weiß, dass es Zeiten gibt, in denen man Zwang anwenden muss, um eine Person oder ein Land zu verteidigen. Jedoch, es ist klar für mich: Wenn mein Vater verhaftet würde mitten in der Nacht nur wegen seines Alters oder seiner Adresse, würde ich dagegen aufstehen. Es ist klar für mich: Wenn meine Mutter als menschlicher Schutzschild benutzt würde, würde ich dagegen aufstehen. Wenn ich nicht zu meiner Liebsten in das nahe Dorf reisen dürfte, würde ich dagegen aufstehen. Wenn ich für Monate isoliert würde, als kollektive Bestrafung, würde ich dagegen aufstehen. Wenn mein Dorf, das neben einer Siedlung mit Schwimmbad liegt, kein Trinkwasser erhielte, würde ich dagegen aufstehen. Indem ich das sage, drücke ich das tiefe Mitgefühl mit den Palästinensern aus, die hier mit uns sitzen, obwohl eben das ihre Lebensrealität ist, und die, wie wir, sich für einen gewaltlosen Kampf gegen die Okkupation und für Koexistenz in Würde entschieden haben."

Mitten in seiner Rede holt uns der nahöstliche Alltag in einer lächerlichen Weise ein. Erst gibt es einen nicht allzu lauten, dann einen ohrenbetäubenden Knall. Eine Frau neben mir wirft sich sofort schützend auf den Beton. Die meisten anderen sind wie ich erschrocken und hilflos. Aber es waren nur Kinder, die von einem Dach eine Imitationshandgranate geworfen haben. Noam Hayut war ruhig geblieben am Mikrofon. Er wird harmlose und gefährliche Explosionen unterscheiden können. Er lächelt. Dann spricht er unbeirrt weiter.

Vor den nächsten Beiträgen musizieren und ein palästinensischer und ein jüdischer Künstler gemeinsam. In dieser Region ist Vieles möglich, nur in der offiziellen Politik beider Seiten ist es nicht.

Suleiman El-Khatib wirkt jungenhaft, ist aber sicherlich auch dreißig Jahre alt. er wirkt aufgeregt und liest seine Rede schnell vom Blatt ab. Schon als Zwölfjähriger hat er begonnen, sich am Widerstand gegen die Besatzung zu beteiligen. Der Landbesitz seines Vaters war für jüdische Siedlungen

enteignet worden. Mit vierzehn wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er zwei israelische Soldaten angegriffen hatte. Zehn Jahre und fünf Monate verbrachte er in Haft. Das Haus seiner Familie wurde für die gesamte Zeit versiegelt (in vielen anderen Fällen sprengt die israelische Armee die Häuser der Familienangehörigen). Das Gefängnis wurde seine Schule. Er lernte bei anderen Gefangenen hebräisch und englisch, las Bücher über antiimperialistische Revolutionen, aber auch über Gandhi und Nelson Mandela: "Ich fing an, auch mehr über friedlichere Methoden des Kampfes zu lernen, um die Welt auf unsere legitimen Ansprüche und die barbarische Natur und Feindseligkeit der Okkupation aufmerksam zu machen, und um die israelische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, Frieden und die Rechte des palästinensischen Volkes zu unterstützen. Dieser Wandel war kein Ergebnis meiner Leiden im Gefängnis, sondern entstand aus dem Verständnis, dass Gewalt zu Gewalt führt, und der Zyklus von Revanche jeden Ausweg versperrt." 2004 nahm Suleiman an der ersten palästinensisch-israelischen Südpolarexpedition teil. Zum ersten Mal traf er Israelis, die nicht Soldaten oder Siedler waren. Er fragt: "Musste ich so weit fahren, um Israelis zu treffen? Ich glaube, wir sollten uns hier treffen, so wie wir es heute tun."

Auch Raed El-Hadar hat eine solche Geschichte: "Ich traf viele Israelis zuvor, zu unerfreulichen Bedingungen und Zeiten, als Häftling traf ich sie als Bewacher, und der Untersuchungsrichter war unfreundlich, um das mindeste zu sagen. Den größten Teil meines Lebens habe ich in Gefangenschaft verbracht, wie die meisten, die heute mit uns hier sind. Aber heute treffe ich Israelis als Gleiche und mit einer gemeinsamen Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit zwischen den beiden Völkern."

In dieser Woche ist das christliche Osterfest. Ich freue mich auf das lange Wochenende mit meiner Frau und meiner kleinen Tochter, aber jetzt bin ich froh, hier zu sein. Das jüdische Pessachfest, mit dem der Auszug aus der ägyptischen Knechtschaft gefeiert wird, und der palästinensische Tag der Gefangenen fallen in diesem Jahr in unsere Osterwoche. Daran erinnert Haim Weiss: "Die Tatsache, dass wir uns entschlossen haben, sowohl das Pessachfest als auch den palästinensischen Gefangenentag zu feiern, drückt aus, dass das Recht eines Volkes auf Freiheit nicht erfüllt werden kann auf Kosten des Rechts eines anderen Volkes... Die Überzeugung, dass meine Freiheit nur besteht, wenn sie die Freiheit jener, die mich umgeben, sichert, ist neu für mich. In den langen Jahren meines Dienstes als Panzersoldat und Offizier in den besetzten Gebieten, habe ich das nicht erkannt. Einen Großteil meines Wehrdienstes verbrachte ich an den verschiedenen Checkpoints in Judäa und Samara. Viele Tage stand ich Stunde um Stunde am Kontrollposten und führte die Befehle aus, die wir erhielten. Wenn ich heute auf diese Zeit zurückblicke, scheint mir das Schrecklichste zu sein, dass ich täglich Tausenden Menschen nicht nur ihre Freiheit, sondern auch ihre Identität genommen habe... Meine Entscheidung, nicht mehr an den Checkpoints im besonderen und den besetzten Gebieten im allgemeinen zu dienen, ist tatsächlich die Entscheidung, die Palästinenser als Menschen zu sehen, von denen jeder eine private und persönliche Geschichte hat, und ich habe nicht das Recht, mich in diese Geschichte einzumischen oder sie zu stören."

Luisa redet schließlich auch: "Ihr, Soldaten, bewaffnete Kämpfer, Täter und Opfer, seid unsere Hoffnung. Danke für eure Lektion." Sie findet gute, richtige Worte. Aber schon auf dieser ermutigenden Kundgebung wächst wieder mein Gefühl, in der falschen Region für Hoffnungen und Lösungen zu sein. Zwei deutsche Frauen, die eher zufällig von der Manifestation gehört hatten und aus Jerusalem spontan hierher gekommen sind, sprechen mich an: "Warum seid ihr hier?" Ich sage ihnen, dass wir - ebenso wie sie selbst - solidarisch sein wollen mit jenen, die sich der Gewalt auf beiden Seiten nicht mehr beugen wollen. Eine Amerikanerin ist gerührt: "Es wäre so wichtig gewesen, dass auch Kongressabgeordnete hergekommen wären."

16.30 Uhr, in Anata

Aber die Realität holt uns rasch ein. Das nur einhundert Meter entfernte Gemeindehaus der Stadt, in dem wir mit dem Bürgermeister diskutieren wollen, ist nicht benutzbar. Tränengas, das israelische Soldaten abseits der Kundgebung und von uns nicht bemerkt gegen palästinensische Jugendliche eingesetzt haben, ist in alle Räume eingedrungen. Wir müssen vor den geöffneten Türen warten, bis das Gas entwichen ist, und erleben in dieser Zeit eine weitere Lehrstunde. Schwerebewaffnete Soldaten, einer mit einem Gerät zum Ablasen von Tränengas auf der Schulter, durchkämmen den Abhang zwischen Gemeindehaus und Schule, und palästinensische Kinder und Jugendliche, teils wie im Spiel, teils voll Zorn und Hass, werfen Steine auf einen Schützenpanzerwagen.

Um Viertel Sechs kann unser Gespräch mit dem Fatah-Bürgermeister von Anata endlich doch beginnen, obwohl das Gas immer noch zu riechen ist. Im tristen Versammlungssaal der Stadt sehe ich ein schwülstiges und makabres Plakat von der vortägigen Hamas-Versammlung, auf dem der ermordete Hamas-Führer Scheich Jassin auf den Schultern bewaffneter Märtyrer getragen wird, während andere Kämpfer die palästinensische Fahne schießend der Sonne entgegen tragen. In beiden Gesellschaften sind die Verweigerer eine Minderheit. Es ist ein furchtbares Dilemma. Jonathan, Hubschrauberpilot, einer der Refusniks, den ich vor anderthalb Jahren in Brüssel kennen gelernt hatte, meint zu mir: "Wenn ihr in Europa die Mauer kritisiert oder positiv über unsere Initiative berichtet, wird das in Israel von vielen Menschen misstrauisch gesehen."

Halb sieben. Auf der Rückfahrt nach Jerusalem

Trotz des allgemeinen Frühlingsgrüns sieht man auch der bergigen Landschaft rund um Jerusalem an, dass die Palästinenser viel weniger Wasser als die Israelis erhalten. Üppig blühen Bäume und Büsche rund um die ausgedehnten jüdischen Siedlungen, Armut und Wasserarmut ziehen auch ohne die Mauer eine sichtbare Grenze zu den palästinensischen Dörfern und Städten, deren Bewohnerinnen und Bewohner mangels anderer Möglichkeiten auch den elenden Konsummüll auf den Hängen und in den Tälern entsorgen. Tiefrot hat sich der Mohn zwischen Plastiktüten, Schrott und Flaschen behauptet. Jetzt am Abend werden die Schafherden in die engen Pferche neben den Häusern getrieben. Die Sonne ist verschwunden, und es wird empfindlich kalt. Hinter einem Checkpoint harren seit vier

Stunden fünf palästinensische Männer unser, die von der israelischen Armee nicht zur Kundgebung nach Anata gelassen worden sind. Wir können nur kurz miteinander reden. Im Hotel warten Frauen aus der International Women's Commission und Naomi Chazan, die frühere Vizepräsidentin der Knesseth auf uns.

20 Uhr, im Ambassador Hotel

Naomi Chazan habe ich mehrfach in den letzten Jahren getroffen, in Brüssel, in Tel Aviv und in Jerusalem. Sie ist eine kluge und scharfe Analytikerin und eine verlässliche Partnerin der Friedensbemühungen. Eine Lösung hält sie nur als Ergebnis von Verhandlungen für möglich, die letztlich zu einem unabhängigen Palästina auf der Grundlage der 67er Grenzen führen müssen. Die vom israelischen Regierungschef Olmert beabsichtigte einseitige Festlegung der "endgültigen Grenzen Israels" lehnt sie konsequent ab. 70 der 120 Abgeordneten in der neuen Knesseth seien für das Ende der Okkupation, doch die konkreten Bedingungen gäben kaum Anlass für Optimismus: "Jede einseitige Lösung ist eine Missachtung der palästinensischen Souveränität, das gilt auch für den erfolgten Rückzug aus Gaza. Der Westen und Isreal fordern nach den Wahlen in Palästina, mit deren Ergebnis ich natürlich nicht glücklich bin, dass Palästina jetzt wie ein Staat reagieren soll, aber es wird nicht wie ein Staat behandelt." Die Vorsitzende der International Women's Commission ergänzt: "Hamis würde durch die israelische und westliche Politik jetzt noch mehr Stimmen erhalten. Die erklärte Politik dieser Staaten ist gegen Fundamentalismus und Terrorismus gerichtet, aber durch ihren einseitig proisraelischen Charakter fördert sie eine entgegen gesetzte Tendenz. Solange der Westen nicht gleiche Maßstäbe an die israelische und palästinensische Politik anlegt und von Israel die Realisierung der Road Map fordert, wird sich daran nichts ändern."

11. April, 9.15, auf der erneuten Fahrt nach Ramallah

Wieder geht es an der Mauer entlang, die hier auf der Straßenmitte verläuft. Wer diese Mauer wirklich sieht, nicht nur ein einzelnes Stück, sondern ihren ganzen demütigenden und zerstörerischen Verlauf sowie ihre Verknüpfung mit den zahllosen Checkpoints, Sperrern und verbotenen Straßen, wird sie kaum noch als Sicherheitszaun sehen können. Man müsste die Außenminister der EU und der USA zwingen, einmal einen ganzen Tag an der Mauer um Anata, Qalqiliya und anderswo zu verbringen. Mir geht den ganzen Morgen eine Zeile nicht aus dem Kopf: Kennst du das Land, wo graue Mauern blühen..

Auf der unebenen und schlaglochreichen Straße kritzle ich die Zeilen in mein Notizbuch:

Kennst du das Land, wo auf dem Kalkstein graue Mauer blühen,
und Stacheldraht in langen Wellen über Berge schlägt,
die Äpfel atmen mit der Blüte Duft von Tränengas,
und Hoffnung nur ein hoffnungsloser Träumer hegt.

Das Wasser fließt bergauf zu reichen Städten,
es scheidet wie die Menschen sich nach einem Pass,

es fließt nicht in die falschen Täler,
dort blüht die Armut und verdorrt das Gras.

Das Spielzeug für den Hass der Kinder,
die Tausend Steine jeden Meters diesen Lands,
sie fliegen hilflos gegen Panzerwagen.
Hier bleiben nur die kalten Waffen ganz.

Der Mohn sprießt blutrot zwischen Müll aus Plastiktüten,
wo auch das Elend drei Millionen Mal zu Hause ist.
Du wirst das Land nicht kennen lernen,
weil du nicht auf der falschen Seite bist.

Zehn Uhr, Treffen mit dem neuen Sprecher des Palästinensischen Legislativrates in Ramallah

Es ist ein etwas heikles Treffen, denn die EU lehnt jeden Kontakt mit der Hamas und ihren Politikern ab. Daran ändert auch nichts, dass offiziell nicht die Hamas, sondern die von ihr gebildete "Change and Reform List" zur Wahl angetreten war. In Deutschland, auch in meiner eigenen Partei, wird sich zwar erfahrungsgemäß niemand für meine Reise und meine Einschätzungen interessieren, aber ich habe oft genug erlebt, dass solche Einzelheiten bei Bedarf doch gern genutzt werden, von den einen, um aus der Solidarität mit einem geschundenen Volk eine antiisraelische oder gar antisemitische Haltung zu konstruieren, von den innerparteilichen Rechthabern, um ihre persönlichen Feindschaften zu pflegen. Aber wir sind uns einig, dass wir dieses Gespräch wollen und dass das Ergebnis der palästinensischen Wahlen respektiert werden muss. Aziz Duaek, der neue Sprecher (Präsident) des Palästinenserparlaments ist ein orthodoxer Muslim, aber elegant und europäisch gekleidet. Er spricht englisch. Das Signal seines Mobiltelefons ist ein religiöser Gesang. Da er nicht bereit ist, Luisa, unserer Delegationsleiterin, die Hand zureichen, verzichten auch wir Männer auf diese Geste. Nachdem er uns willkommen heißt und unsere konsequente Haltung gegen die Okkupation würdigt, liest er eine vorbereitete Rede ab, die sich wenig von dem unterscheidet, was wir zum Beispiel von Abu Mazen gehört haben. Israel habe die Politik gegen die Palästinenser in den vergangenen Tagen noch mehr verschärft. Auch die USA oder der Hohe Repräsentant der EU Solana, obwohl sie sonst viel von Demokratie redeten, bestrafte das palästinensische Volk für seine demokratische Wahlentscheidung. Vielen palästinensischen Parlamentariern seien Reisen im Land und ins Ausland verboten worden. Die Palästinenser seien gut gebildete Menschen, sie hätten sich bei den Wahlen bewusst und informiert für die Hamas entschieden. Die Road Map spreche von einem lebensfähigen palästinensischen Staat, aber inzwischen finde man kaum noch einen Quadratkilometer zusammenhängenden Landes dafür. Palästina sei durch die Mauern, Barrieren, Checkpoints und verbotenen Straßen in 64 Enklaven, Bantustans, fügt er hinzu, zersplittert. Als wir ihn nach den Forderungen der EU auf Gewaltverzicht, die Anerkennung Israels und der internationalen Vereinbarungen fragen, meint er: "Wir sind die Opfer von Gewalt, deshalb können wir Gewalt nicht wollen. Die PLO (in der die Hamas nicht Mitglied ist)

hat Israel anerkannt. Aber was hat das in den letzten fünfzehn Jahren gebracht? Nicht einmal unsere elementarsten Rechte sind respektiert worden, keine 24 Stunden Frieden hat das palästinensische Volk seitdem gehabt. Und was die Anerkennung der Vereinbarungen betrifft: Das ist nicht ein palästinensisches Problem. Israel anerkennt und respektiert sie nicht. Unsere Menschen hassen weitere Zugeständnisse an Israel, solange es nicht endlich auch Resultate für sie gibt. Wir wollen nicht mehr als ein unabhängiges Palästina in den Grenzen von 1967." Das ist meiner Meinung nach ein wichtiger Satz. Als Ausweg aus der gegenwärtigen Situation nennt Aziz Duaek zwei Forderungen - Respektierung der Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates als der wirklichen Repräsentanten des palästinensischen Volkes und ernsthafte Gespräche mit der palästinensischen Regierung. "Da wir die demokratisch gewählten, legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes sind, können wir auch eine Lösung erreichen, wenn man mit uns spricht und verhandelt. Sonst aber wird die Region noch mehr destabilisiert, wird es Radikalisierung statt Demokratisierung geben und Leid nicht nur bei uns, in der ganzen Welt, auch in Europa. Wir möchten das nicht, aber es würde die Realität sein." Ich weiß, dass er mit Vielem Recht hat, aber die Drohung und die Ablehnung der Rolle des ebenfalls gewählten Palästinenserpräsidenten Abu Mazen und der PLO sind offensichtlich.

Luisa berichtet ihm von der gestrigen Kundgebung der "Combatants for Peace" und Chris Davis kritisiert, er habe keinen praktischen Lösungsvorschlag gehört. Ich sage, dass wir selbstverständlich gegen die Sanktionen seien. Aber auch die Anerkennung Israels durch die Hamas sei überfällig. 1992 habe ich in Johannesburg Nelson Mandela treffen dürfen. Wie oft habe ich mich daran erinnert, an diesen Mann und seine unbeschreibbare Ausstrahlung, die mich gläubig werden lassen könnte. Der beste Teil seines Lebens war ihm von den weißen Rassisten gestohlen worden. Erst als alter Mann war er frei gekommen. Er und die schwarze Bevölkerung des Landes hätten keinen Grund für Kompromisse gehabt, aber nur seine Fähigkeit dazu hatten damals eine Lösung ermöglicht. Ich erzähle davon und frage, ob es nicht gerade an dieser Fähigkeit in Israel und Palästina mangle.

Ohne sein vorbereitetes Manuskript lernen wir einen anderen, weniger kontrollierten, auch leidenschaftlichen Aziz Duaek kennen, wohl den tatsächlichen, und bekommen zu spüren, wie aussichtslos Hoffnungen sind: "Sagen Sie mir mal: Wie lange dauerte der Holocaust gegen die Juden? Drei Jahre, vier, sechs? Der Holocaust gegen die Palästinenser dauert bereits sechs Jahrzehnte. Israel hat sich in den Region zwar die Macht verschafft und einige Friedensabkommen mit Staaten abgeschlossen, die keine Friedensabkommen sind, aber es hat sich hier nirgendwo Freunde machen können. Wir sind nicht dumm. (We are not stupid.) Israel wird niemals das Territorium von 1967 zurückgeben und einem lebensfähigen palästinensischen Staat zustimmen. Die Okkupation ist die schlimmste Form der Versklavung. Wir halten die Konzentrationslager der Nazis für die Juden für schlimm, aber wir haben hier 64 Konzentrationslager für die Palästinenser." Ein Angriff auf, eine Kritik an Israel folgt der anderen. Viele mit rationalem Kern. Alle zusammen und in dieser Form sind eine Absage an jede

realistische Politik und die Suche nach einer gemeinsamen Lösung zugunsten der ideologischen Mobilisierung der Palästinenser. Der Gleichsetzung mit dem Holocaust und den KZs der Nazis widersprechen wir heftig. Die Beschreibung der unakzeptablen Situation und der Verbrechen gegen die Palästinenser bedarf nicht solcher unverantwortlichen Vergleiche. Aziz Duaek reagiert zynisch: "Aha, okay, wir leben also unter einer freundlichen Okkupation und in freundlichen Konzentrationslagern." Es nützt nichts, dass wir ihm noch einmal sagen, dass es völlig ausreichend ist die Lage in den besetzten Gebieten, vor allem die Lage der Menschen, konkret zu beschreiben. Dr. Mahmud Rahmadi, ein weiteres Hamas-Mitglied im Palästinensischen Legislativrat (er hat in Italien studiert), der bisher schweigend dabei gesessen hatte, fühlt sich offensichtlich verpflichtet, seinem Chef beizuspringen: "Wir sind nur für den Widerstand innerhalb des Landes, das Israel 1967 besetzt hat, nicht außerhalb dieser Grenzen. Dennoch droht uns Israel mit Vergeltung und gezielten Tötungen ('targeted killings'). Wir wollen einen palästinensischen Staat nur in den Grenzen von 1967. Das muss international und von Israel anerkannt werden, dann ist auch eine Anerkennung Israels möglich. Wer die Hamas und ihren demokratischen Wahlsieg mit Blockade bestraft, wird nicht nur das palästinensische Volk, sondern die ganze Region in das Unglück stürzen." Er erzählt, dass er kürzlich auf Einladung des Europarates nach Strasbourg fahren wollte, aber von Frankreich kein Einreisevisum erhalten habe: "Vertreter diktatorischer Staaten dürfen in die EU einreisen. Wir, die wir in anerkannten demokratischen Wahlen gewählt wurden, dürfen es nicht." Wo er Recht hat, hat er Recht. Der Abschied ist dennoch schnell und frostig.

Um halb zwölf, im gleichen Raum

Unser nächstes Treffen ist freundlicher. Wir sitzen dem Vorsitzenden der Fatah-Fraktion im Palästinensischen Legislativrat, Azam Al Ahmad, und sechs weiteren Fatah-Abgeordneten gegenüber. Aber man spürt deren Ratlosigkeit und Frustration nach der Wahlniederlage deutlich. Azam Al Ahmad stammt aus Jenin und gehörte zu den Vertrauten Arafats. Er spricht nur arabisch, wirkt trocken und bürokratisch und redet zudem weitschweifig, mit vielen Wiederholungen. Zusammengefasst: "Das Wahlergebnis ist für Palästina problematisch und gefährlich. Aber wir müssen es akzeptieren. Die internationale Gemeinschaft darf das palästinensische Volk nicht dafür bestrafen. Die Sanktionen sind falsch. Sie werden die Hamas nicht ändern, nur zusätzliche Not der Menschen bedeuten. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Grundlagen des Palästinensischen Legislativrates erhalten bleiben. Einziger internationaler Repräsentant der Palästinenser bleibt ohnehin die PLO. Auch die Vereinbarungen der EU sind mit ihr, nicht mit der Fatah oder der Hamas geschlossen worden. Das internationale Quartett muss Druck ausüben und die PLO, nicht die Regierung, als Verhandlungspartner ansehen. Nach dem Gesetz ist der Präsident Chef der Exekutive und daher auch der legitime Verhandlungspartner." Auf meine Frage nach den Gründen der Fatah-Niederlage erhalte ich eine teils nichts sagende, teils bezeichnende Antwort. Man strukturiere die Fatah um, um schneller reagieren zu können, analysiere die Fehler (Welche? Die massive Korruption und Unfähigkeit vieler Verantwortlicher? Dazu hören wir nichts.) und man habe

einige Führer bestraft. Mitten in seine Erklärungen tritt eine Frau in den Raum, herzlich umarmt von Luisa. Sie wird uns als Direktorin eines Filmzentrums vorgestellt, und Azam al Ahmad lächelt zum ersten Mal: "Sie war Opposition gegen uns, jetzt aber ist sie an unserer Seite, denn der neue Kulturminister der Hamas geht bereits mit Zensur gegen Künstler und Journalisten, insbesondere gegen Frauen, vor." Die Filmemacherin ist konkreter und genauer als ihr neuer politischer Freund, leidenschaftlicher ohnehin. Die sieben Männer wagen es nicht, ihr in das Wort zu fallen: "Die Wahlen waren fair und demokratisch, so weit Wahlen unter einer Besatzung fair und demokratisch sein können. Die Stimmen für Hamas waren Proteststimmen gegen die Korruption der alten Administration, Angststimmen, ideologische Stimmen, Stimmen gegen das Versagen Israels und der internationalen Gemeinschaft. Sie waren auch gemeint als Bestrafung der internationalen Gemeinschaft für ihre doppelzüngige und einseitig pro-israelische Politik. Der Gewaltkreislauf wird weiter verstärkt, und wir alle müssen den Preis dafür bezahlen. Die Hamas erlebt jetzt jedoch, dass Opposition etwas Anderes, viel Leichteres als Regieren ist. Sie müssen sich an die Gesetze halten, das Land verwalten, Gehälter bezahlen und für Entwicklung sorgen. Wenn die Hamas ihre Positionen nicht ändert, trägt sie zum israelischen Unilateralismus bei. Unser Ziel muss ein unabhängiges Palästina in den Grenzen von 1967 sein, ohne jedes Minus, auch nicht zehn Prozent Minus, sonst gibt es keinen lebensfähigen palästinensischen Staat. Die Situation wird dramatisch, nicht in ferner Zukunft, nicht in einem Jahr, sondern in den nächsten zwei, drei Monaten."

15 Uhr, Treffen mit Mustafa Barghouti

Nach den Gesprächen im Parlament waren wir für zwanzig Minuten im Al-Sakakini Kulturzentrum, in einem alten, mit japanischer Hilfe liebevoll und authentisch restaurierten Haus aus mit Handarbeit behauenen Kalkstein, das im Besitz des Kulturministeriums und jetzt in seiner Arbeit bedroht ist, zumal es von einer Frau geleitet wird. Die Hamas-Ideologie will Frauen und Männer strikt von einander trennen, die Frauen am besten auf ihre Rolle in der Familie beschränken. Alkohol darf nicht mehr ausgeschenkt werden, die ersten Veranstaltungen sind zensiert worden. Aber durch die internationale Blockade erhält sie sowieso kein Geld mehr. Im unteren Raum ist gerade eine Ausstellung mit moderner lateinamerikanischer Kunst zu sehen, gegenständliche und abstrakte Gemälde, Fotoinstallationen. Ich bewunderte aber die schönen alten Fußböden, Türen, Kalksteintreppen und geschmiedeten Fenstergitter. Mittag aßen wir in der belebten Altstadt von Ramallah in Angelo's Restaurant, das kürzlich von Hamas-Aktivisten angegriffen worden war, die protestieren wollten gegen den Alkoholausschank und die vielen Frauen, die hier allein essen gehen. Noch saßen an den Nachbartischen jedoch viele Frauen, und Bier gab es auch: Taybeh Beer, das wirklich gut ist, und auf seinem Etikett gar behauptet das beste Bier im Nahen Osten ("Finest Beer in the Middle East") und nach deutscher Tradition gebraut worden zu sein.

Auch Mustafa Barghouti hatte ich bei früheren Besuchen bereits getroffen. Der liberale Arzt hat bei der Präsidentschaftswahl 2005 als unabhängiger

Kandidat gegen Abu Mazen immerhin 20 Prozent der Stimmen erhalten und mit seiner Gruppe Palastinian National Initiative auch den Einzug in das Parlament geschafft. Er ist zuversichtlicher als unsere anderen Gesprächspartner, vielleicht, weil er es seit langem gewohnt ist zu kämpfen, auch gegen die korrupte Fatah-Führung. Anders als die meisten Fatah-Führer ist er in Palästina aufgewachsen, hat aber in Europa studiert und gehört zur intellektuellen Mittelschicht. Die Fatah-Führer dagegen kommen meist aus armen Flüchtlingsfamilien oder aus den Fedjahedin-Lagern. Die israelische Armee hatte Mustafa Barghoutis Gesundheitszentrum beim Einmarsch in Ramallah vor dreieinhalb Jahren sinn- und rücksichtslos verwüstet, aber er hat niemals aufgegeben. Wenn der Hamas-Präsident des Legislativrates von der guten Bildung der Palästinenser berichtet habe, sei es furchtbar, sagt er, denn die Bildungsnot sei erschreckend. Aber es gebe in Palästina einen unumkehrbaren Prozess zu Demokratie, Pluralismus und zu einem demokratischen Mehrparteiensystem. Erstmals habe es wirklich demokratische Parlamentswahlen gegeben. Ohne Demokratie auf beiden Seiten sei ein dauerhafter Frieden unmöglich. Dennoch sei der Hamas-Wahlsieg gefährlich. Israel und die internationale Gemeinschaft nutzen ihn gegen die Palästinenser, übten nur auf sie Druck aus und ignorierten zugleich Olmerts Apartheid-Politik und die barbarischen israelischen Bombardements des Gaza-Streifens. Israel wolle eine bewaffnete Reaktion der Palästinenser provozieren. Die Road Map sei tot, notwendig daher eine internationale Friedenskonferenz. Olmerts Absichten liefen auf eine Drei- oder sogar Vierteilung der palästinensischen Gebiete, den Raub großer Teile der Westbanks, einschließlich des Jordan-Tales, hinaus. Am Ende seines Vortrags ist vom anfänglichen Optimismus doch nichts geblieben. Bitter klagt er die internationale Gemeinschaft an, die das palästinensische Volk in einen Bürgerkrieg stürze und sich dann in ihrer antipalästinensischen und antiarabischen Haltung gerechtfertigt fühlen werde. "ich verstehe nicht, warum Europa zur Mauer schweigt. Was ist der Unterschied zu einem Gefängnis? Auch im Gefängnis darf der Gefangene seine Zelle und seinen Waschraum nutzen. Für Israel ist es leichter uns im Gefängnis zwischen den Mauern zu haben, als uns wieder direkt zu okkupieren. Wir bezahlen unseren Gefängnisaufenthalt sogar selbst."

Kurz nach vier

Es ist kalt geworden innerhalb dieser einen Stunde, die Sonne schon wieder hinter tief hängenden Wolken verschwunden. Wir fahren zurück nach Jerusalem. Die nächsten Meetings warten bereits. Das Stadtzentrum ist bei unserer Abfahrt voller Menschen. Dennoch kann ich mir nur schwer vorstellen, wovon die hunderten Straßenhändler, Besitzer der vielen Imbissläden und Geschäfte leben. Berge von Erdbeeren, Pfirsichen, Gemüse, Kräutern liegen auf handgezogenen Karren. Käuferinnen und Käufer sehe ich kaum. Wir kaufen uns erneut ein Kilo Erdbeeren und essen sie wieder ungewaschen.

Am Checkpoint nach Ostjerusalem fragt eine Soldatin lachend in unseren Bus: "How are you?" Luisa, die vorne sitzt, gibt die richtige Antwort: "Bad, very bad. We saw the wall." In einer Broschüre der

Menschenrechtsorganisation B'TSELEM, dem israelischen Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten" wird eine von Tausenden, alltäglichen Tragödien der Palästinenser dokumentiert: "Am 26. Februar 2002 musste Samar Hamdoun zu einer medizinischen Untersuchung. Ihr Mann, Iyad, rief einen Krankenwagen, um sie in das Krankenhaus zu bringen. Der Krankenwagen kam zum Checkpoint ihres Dorfes Beit Furik, aber die Soldaten ließen ihn nicht passieren. Samar und Iyad nahmen daraufhin ein Taxi, um bis zum Krankenwagen zu fahren. Als sie 150 Meter vom Kontrollpunkt entfernt waren, forderten die Soldaten sie auf umzukehren. Aus Furcht, die Soldaten würden schießen, wenn sie weiterführen, kehrte das Taxi um und nahm einen weiten Umweg über unbefestigte Bergwege, um in das Krankenhaus nach Nablus zu kommen. Auf dem Weg begann Samar zu bluten und verlor das Bewusstsein. Was eine Zehn-Minuten-Fahrt gewesen wäre, wurde eine vierstündige Fahrt. Als Samar im Rafidiya-Krankenhaus ankam, war der Fötus durch eine geplatze Plazenta tot."

19 Uhr im Ambassador Hotel

Natürlich waren wir viel zu spät. Von der Diskussion mit zwei israelischen Knesset-Abgeordneten aus der Kadima- und der Arbeitspartei haben wir nur noch deren Fazit erlebt: Es sei besser, wenn Israel sich einseitig aus den besetzten Gebieten zurückzöge und seine endgültigen Grenzen festlege als gar keine Lösung zu haben.

Jetzt sitzen wir mit Ravia Laham und anderen vom Mossawa Center für die arabischen Einwohner Israels zusammen, darunter einer Deutschen und einer Belgierin, die Angestellte der EU-Kommission ist, sich für diese Arbeit aber ein Jahr lang freistellen ließ. Die israelischen Araber haben die Staatsbürgerschaft Israels, sie wählen und werden gewählt (14 der 120 Knesset-Mitglieder sind Araber), sie zahlen Steuern. Aber sie sind vielfältig diskriminiert, und der Führer der Partei Unser Israel, Liebermann, hat mehrfach ihre Ausweisung und die Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft verlangt.

12. April, am frühen Morgen

Mein Hotelbett habe ich in dieser Nacht nur zwei Stunden nutzen können. Mein Taxi für die Fahrt zum Flughafen in Tel Aviv stand um zwei Uhr morgens bereit. Gern würde ich den kleinen Schreiberling der Zeitung "Neuen Deutschland" mal auf Reisen nach Palästina, in den Irak, in das nordafghanische Shebergan oder in den Kosovo mitnehmen, der mich und die anderen Kritiker von Menschenrechtsverletzungen in Kuba als Menschen denunzierte, die nur noch auf großen Luxusflughäfen zu Hause wären und nicht mehr wüssten, woher sie kämen und von wem sie gewählt worden seien. Aber eine solche schmierige Begleitung würde meine Unannehmlichkeiten nur noch vergrößern. Die Sicherheitskontrollen auf dem Flughafen von Tel Aviv sind so penetrant, dass mir ohnehin schon lange vor jeder Reise nach Israel unbehaglich wird. Es ist jetzt halb vier. Wir stehen im zaghaften Morgengrauen seit zwanzig Minuten an der ersten Sperre ("Your

first line of defense" steht auf einem Transparent), etwa drei Kilometer vom Terminal entfernt. Mein Taxi hat ein Ostjerusalemmer Kennzeichen, der Fahrer ist Palästinenser. Wir sind verdächtig. Ich will mir die Beine vertreten. Ein Posten weist mich barsch in ein Zelt zurück.

5.30 Uhr

Ich sitze im Flugzeug. Wir durften nach einem längeren Gespräch zwischen dem Fahrer und den Sicherheitsleuten, das ich nicht verstand, doch weiter fahren, und auf dem Flugplatz ging es diesmal sogar erstaunlich schnell. Vor dem Fenster sehe ich eine riesige Werbung auf dem Rasen neben dem Rollfeld: "Nokia. Connecting people." Wenn das nur auch zwischen Israelis und Plästinensern funktionierte...